

Berliner Tageblatt

Nr. 169

und Handels-Zeitung

Samstag, 10. April 1926

Verleger: E. Schöber Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Wupeifu Herr der Lage in Peking.

Die Nationalarmee von Fong abgefallen.

Der Präsident Yuanzhijun abgesetzt.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

23 Peking, 10. April.

Heute frühmorgens umgingen die Kuomintang-Truppen das Hauptquartier der Leibgarde Yuanzhijuns und erzwangen nach kurzem Kampf die Einordnung in die Kuomintang-Formationen. Yuanzhijun selbst ist angeblich in das Gefängnis der 1. Division entflohen. Yuanzhijun wurde geflohen. Die Kuomintang haben telegraphisch Wupeifu ein, schließlich nach Peking zu kommen. Die Ereignisse beweisen den Willen der Kuomintang zu entschiedener Zusammenarbeit mit Wupeifu und zum Festhalten Pekings, trotz des ungünstigen Standes der Geschäfte während der letzten zwei Tage. Der Rückzug steht heute etwa fünfzehn Kilometer vor Peking und die Fronten sind im Süden wie im Westen bedroht. Die Erregung der chinesischen Bevölkerung ist groß. Anlaß zur Beunruhigung über das Schicksal der Ausländer ist nicht vorhanden.

Der Kommandeur von Peking, Luchanglin, erklärt jedoch eine Rundgebung mit bescheidigt Yuanzhijun schwerer Verletzungen bei der Regelung der Goldtransaktion sowie bei der Abgabe des achtzehnten März. Er bescheidigt ferner den Ansturm

der Intriguen und legt die Schuld an den Kämpfer beiden bei. Daher sei Yuanzhijun die Freiheit wiedergegeben und Wupeifu eingeladen nach Peking zu kommen, um die nationalen Probleme zu lösen. Die Bevölkerung wird aufgefordert, den Geschehnissen nachzugehen.

Peking, 10. April. (S. T. B.)

Die Kuomintang-Führer haben Wupeifu gebeten, nach Peking zu kommen, um die politische Lage wiederherzustellen. Zugleich haben sie den früheren Präsidenten Yuanzhijun auf freien Fuß gesetzt. Der Oberbefehlshaber der Kuomintang-Armee, Luchanglin, hat sich infolge der Unsicherheit über die Haltung des Generals Fengshihang, der gegenwärtig Aufschüßler zum Kommando zurücktritt, unter dem Vorbehalt Wupeifu gestellt. Der Präsident Yuanzhijun ist zurückgetreten.

London, 10. April. (S. T. B.)

Der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, mit der Abreise Fengshihangs aus China sei die alte Freundschaft zwischen Wupeifu und Fengshihang wieder hergestellt worden. Die beiden hätten sich in London getroffen und seien einverstanden, die politischen Operationen zu beenden. Der Berliner Korrespondent der „Times“ sagt, die „nationalen“ Streitkräfte seien, wie gemeldet wurde, bereit, zu Wupeifu überzugehen.

Ende der Meuterei in Saloniki.

Die Beschießung der Aufständischen durch den Panzer „Averow“.

Bedingungslose Übergabe der meuternden Truppen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

II Belgrad, 10. April.

Der Saloniker Aufstand ist nach offiziellen Angaben beendet worden. Es soll dem Kommandant des dritten Korps Pangalos gelungen sein, mit einer Abteilung der 11. Division die Aufständischen zu umzingeln und zu beschleichen. Weitere wichtige Nachrichten besagen, die Aufständischen seien bereits auf Schiffe verladen und nach Ägäen unterwegs. Die meuternden Truppen sollen nach den amtlichen Meldungen Pangalos treu geblieben sein. Die Verhandlungen mit den Aufständischen seien vor Abschluss der Flotte erfolgreich geblieben. Erst als die Flotte, an der Spitze der bekannte Kreuzer „Averow“, nachmittags 2 Uhr in Saloniki eingetroffen sei und die Position der Aufständischen den ganzen Nachmittag beschoßen habe, haben sich die Aufständischen übergeben. Die Luftflotte, die auf Seiten der Aufständischen gewesen sei, habe eine wahre Panik bei den Regierungstruppen ausgebrochen. Pangalos habe sich gewonnen gesehen, aus allen meuternden Garnisonen Truppen gegen Saloniki zu schicken. Auch aus Mazedonien sei ein Geschwader nach Saloniki geschickt worden.

Heber den Militärstand in Saloniki werden weitere folgende Einzelheiten hier berichtet: Am 1. April haben zwei Geschwader des dritten Korps die Garnisonen in Belgrad, vollkommener Kriegszustand wurde ein Teil der Aufständischen gegen den kleinen Kara-Burnu, ein anderer Teil gegen Warbarfolo gerichtet. Bereits um 2 Uhr nahmen angeblich 5000 Aufständische eine beherrschende Stellung auf dem kleinen Kara-Burnu unter Führung des Majors Karavaya ein. Dieser war Kommandant des dritten Bataillons und Generalstabsoffizier in Saloniki, während Pangalos dort Korpskommandant war. Auch Oberst Etschadzi, der Kommandant des 3. Artillerieregiments, schloß sich ihm an. Karavaya und Etschadzi galten als ergebenen Freunde Pangalos. Beide stellten dem Kommandanten des Saloniker Korps, General Sarifis, folgendes Ultimatum: 1. Das Bataillon sofort zurücktreten, 2. das eine neutrale Regierung gebildet werde, 3. das freie Präsidium der Aufständischen ausgesprochen werden und bis dahin Admiral Kondurios Präsident bleibe, 4. das Pressefreisicht gewährt und alle verhafteten Politiker und Offiziere freigelassen werden. Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden, solle die Beschießung Salonikis vorgenommen werden. Das Bataillon trugobeherrschende Märsche richtete ein Gegenultimatum an die Aufständischen. Darin wird gefordert, daß die Aufständischen sich im Interesse der Würde des Vaterlandes übergeben. Wenn nicht, würde von den Märschen Gebrauch gemacht. Die trugobeherrschenden Truppen besetzten Post, Telegraph, Telefon und alle Staatsgebäude mit starken Wachen. Der ganze Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr wurde unterbrochen. Man erwartete die Ankunft der Kriegsmarine, die den Befehl zur Blockade der Aufständischen erhalten hat. Auch die Saloniker Garnison war in zwei Teile geteilt, der eine Teil war für die Aufständischen, der andere für Pangalos. Zu den Aufständischen trat Oberst Kalotrikakis, der Kommandant der Saloniker Garnison über, ferner Major Papadakis, Hauptmann Anbalikis und einige andere höhere Garnisonsoffiziere. Die

Aufständischen verfügten neben Feldartillerie auch über vier Panzerautomobile. Es verlautete, auch ein Flugergeschwader sei zu ihnen übergetreten. Am Abend kamen aus Mazedonien zwei Infanterieregimenter Regierungstruppen zu Hilfe.

Nach Meldungen der hiesigen Presse hatte die Aufständischenbewegung auch mazedonische Truppen ergriffen. Beispielsweise habe die ganze Garnison von Verina unterwegs gemarshiert, so daß sie nicht gegen die Saloniker verwendet werden konnte. Die hiesige Presse meldet weiter: Das Bombardement habe eine Panik in der Stadt hervorgerufen, die Einwohner seien geflüchtet, die Stadt sei vollständig leer gewesen. Flüchtlinge, die aus Mazedonien gekommen, erklären, eine geheimnisvolle Persönlichkeit, wohl Plastiras habe den Aufstand organisiert. Plastiras habe durch Albanien geschickliches Gebiet erreicht und seinen Weg nach Saloniki genommen. Der Aufstand sei lang vorbereitet gewesen, die Märsche sei auch die Zivilbevölkerung beteiligt gewesen, die begonnen habe, sich gegenseitig zu vergraben. Es sei bereits gewarnt, ein Eisenbahnzug, der von Athen nach Larissa fährt, sei angeblich von den Aufständischen in die Luft gesprengt worden, um den Verkehr lahmzulegen. Dabei sei eine große Zahl Soldaten umgekommen.

London, 10. April.

Nach einer offiziellen Ägäer Depesche haben sich die Kämpfer der Truppenmeuterei mit 200 Mann bedingungslos ergeben und die Waffen abgegeben. Sie werden nach Athen gebracht und dort Kriegsgerichtlich abgeurteilt. Bei dem Aufstand soll, wie hier gesagt wird, General Plastiras, der von General Pangalos ausgewiesen wurde, seine Hand in Spiel gehabt haben.

Die französisch-englischen Schuldenverhandlungen.

Die kommende Reise Pérets nach London.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

London, 10. April.

Churchill und das englische Kabinett hoffen nach wie vor, daß es den französischen Finanzminister Péret möglich sein werde, den englischen Schuldenfall zu beenden, bevor das neue englische Budget dem Parlament vorgelegt wird. Hiesige offizielle Kreise erklären es für unbedingt notwendig, daß in dem neuen Budget keine der italienischen bereits nach einer französischen Jahreszahlung eingestrichelt werden kann. Man glaubt hier, daß die im Vorjahre zwischen Churchill und Gallauz vereinbarte Zahlungsanleihe von 12½ Millionen Pfund auch von Péret angenommen werden wird. Engländer rechnen nach, daß die Festlegung der Zahlungsanleihe für die ersten fünf Jahre, für die Frankreich ein teilweise Moratorium erhalten soll, nach einer Schlichtung vereinbart werden. Da aber Italien sich schon bereit erklärt hat, im September d. J. eine Jahreszahlung in der Höhe von vier Millionen Pfund zu zahlen, so glaubt man hier, daß Frankreich seinen Umständen wird weniger zuhilfen nehmen, eher mehr. Die Hauptschwierigkeit bei den Verhandlungen würde aber zweifellos die sogenannte Sicherheitsklausel bilden, d. h. die Bestimmung, daß Frankreich eine entsprechende Herabsetzung seiner Zahlungen an England beantragen soll, falls die von englischen Reparationszahlungen nicht die erwartete Höhe erreichen. Washington hat diese Bedingung entschieden zurückgewiesen, und auch hier in London erklärt man sie unannehmbar zu sein.

Unterricht, Kunst, Wissenschaft.

Zur Ausschussberatung über den preussischen Kultusetat.

(Schlußsatz verboten.)

Dr. Theodor Bohner, Oberstudienrat, Mitglied des preussischen Landtags.

Am kommenden Montag beginnt im Hauptsaal des preussischen Landtags die Beratung des Kultusetats.

Darf man heute sagen: Die Kulturbedürfnisse leiden nicht? Von 1900 Millionen, die der preussische Staat im Etatsjahr 1926 aus den Einnahmen seiner Betriebe und den Steuern braucht, gehen 552 oder von je 100 Mark 42,50 an die Unterrichtsverwaltung, die aus eigenen Einnahmen mit 7 Millionen hinzutun kann. Den ganzen Aufwand für Bildungszwecke in Preußen erhält man aber erst, wenn man die Aufwendungen des Reichs und der Gemeinden hinzunimmt. Dem Reichsminister des Innern stehen allerdings dafür nur geringe Mittel zur Verfügung; die sechs vom Reichstag für die Junglehrer bewilligten Millionen dürfen der wichtigsten Posten für den Unterricht im Reich fehlen. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft um gleichen Teilen des Reichs und Preußens, und es ist schon gefragt worden, ob Preußen dabei die Führung behalten wird.

Für die Gemeinden ist es eine große Entlastung, daß der Staat von den persönlichen Volksschulskosten jetzt drei Viertel statt eines Drittels trägt. Die Stellung der Lehrer wie der Volksschule stellt sich dabei gewonnen. Im Unterschied zu anderen deutschen Ländern aber geht unter höherer Schulwesen auch nach dem Krieg zu einem großen Teil zu Lasten der Gemeinden. Während der Staat von 1141 Schulen 326 allein, wie mit anderen unterhält, sind 800 städtisch. Es schien einige Zeit, als werde die Finanznot hier eine Verkürzung erzwingen. Während aber nach dem Haushaltsplan 1925 516 dieser städtischen Anstalten auf Staatszuschuß angewiesen waren (Stand von 1924), rechnet der neue Haushaltsplan nur mit 283 (1925). Die starke Beteiligung der Gemeinden an höheren Schulwesen hat ihre Folge beim Schulgeld. Die an sich hohen Sätze des Staates pflegen ihnen nicht zu genügen, und besonders aus dem Westen kommen immer wieder Klagen, daß auch die vom Staat erlaubten Ausnahmen noch erhöhter Sätze von Städten weiter erheblich überschritten werden. So wirken sie als Schrittmacher. Zur Verteidigung dieser hohen Sätze führen sie an, daß dem übermäßigen Andrang zu den höheren Schulen ein Riegel verschoben werden müsse. Auch sei es unrichtig, dem Gemeinwesen den hohen Zuschuß für den einzelnen Schüler zu zahlen, wenn ihn der Vater aus eigener Tasche zahlen könne. In Bayern, wo das höhere Schulwesen in der Hauptsache staatlich ist, kommt man immer noch mit 45 Mark aus. Als Vater bezahlt man die Fortschritte und Freiheiten, die das höhere Schulwesen ohne Zweifel der Pflege durch die Gemeinden verdankt, zurecht in Preußen her. Der Finanzminister stellt für die staatlichen höheren Lehranstalten fest, daß trotz erheblicher Vermehrung ihrer Zahl — er hätte hinzuzufügen können, auch der Schüler in den einzelnen Klassen — sich gegen 1913 durch Erhöhung der Pflichtstunden wie durch Verminderung der Unterrichtsstunden eine Verminderung der Zahl der Lehrpersonen habe erreichen lassen. Die Zukunft wird zeigen, ob daraus nicht eine Steigerung der Pensionen infolge vorzeitigen Verbrauchs der Kräfte erwächst. Die Forderung auf Erhöhung der Schulgebühren wird jedenfalls damit nicht begründet werden.

Gegen 1913 ist der Etat von 293 Millionen um 266 auf 559 Millionen gestiegen. In der Öffentlichkeit hat man öfters betont, daß an diesem Mehr die Kirchen mit 30 Millionen (70 statt 40) beteiligt sind. In der Hauptsache sind das gesteigerte Zuschüsse zu den Pfarrereinkünften, welche der beträchtlichen Lage mancher Kirchengemeinden genügt bewilligt, wenn auch die Höflichkeit einzelner Diener am Altar gegenüber dem Staat mit dieser Steigerung durchaus nicht Schritt gehalten hat. Der größere Anteil des Staates an den Volksschulkosten bedingt ein Mehr von 190 Millionen. Im übrigen ist eine Vermehrung um 40 Millionen bei den Universitäten und Technischen Hochschulen festzustellen, die dem Fortschreiten der Wissenschaften und dem vermehrten Andrang der Studierenden entspricht.

Auch gegen 1925 weist der Etat eine Steigerung von 29 Millionen auf. In der Hauptsache ist dies auf allgemeine Erhöhung der Gehälter zurückzuführen. Der Kultusetat ist noch mehr als andere Etats mit Personalstellen belastet. Die sachlichen Ausgaben sind nur ein geringer Teil. Sie ergeben sich bei Sparnotwendigkeiten um so bedrückter, da an den Personalkosten kaum Abstriche gemacht werden können, wenn nicht eine Stelle einzusparen ist. Paragrafen aber vermehren die sachlichen Ausgaben nachdrücklich, ob sie im Augenblick und bei der heutigen Finanzlage zu vertreten sind. Bei den Universitäten und Technischen Hochschulen betreffen sie in erster Linie Neubauten. Fast an jeder Universität sind Klaffen neu zu errichten oder zu erweitern. Die Berliner Universität soll die Mittel für das neue Institut für Strahlenforschung und ein Palmenhaus im Botanischen Garten erhalten. Weiter werden an einmaligen Mitteln 300 000 Mark für die Büchererwerbungen, von denen 120 000 Mark für den Erwerb ausländischer Literatur bestimmt sind, eine bescheidene